

Alle sagen Ja zum Kompromiss

Die Schulbehördenreform ist unter Dach und Fach. Keine Partei ist voll zufrieden, ganz in Frage stellen mochte die Vorlage aber niemand.

Der Stadtrat hat im Parlament eine Mehrheit für seine Reform der Schulbehörden gefunden. Nicht für seinen ursprünglichen Vorschlag einer einzigen Schulpflege für die ganze Stadt, aber für einen Kompromiss. Ein Ja der Stimmbürger am 27. September vorausgesetzt, wird bis 2018 die Zahl der Schulkreise und -pfleger in Etappen reduziert und die vier Schulpflegepräsidenten werden ab dann vollamtlich tätig sein. «Eine mehrheitsfähige Lösung war immer Ziel», sagte Schulvorsteherin Pearl Pedergnana (SP). Ein Paradigmawechsel sei trotzdem im Gang. «Weg von der Leitung der Schulen durch die Kreisschulpflegen, hin zur Leitung durch die Schulleiter.»

SVP und FDP als Sieger

Als Sieger fühlen sich die Bürgerlichen. «Wir freuen uns, dass praktisch alle unsere Vorschläge übernommen wurden», sagte Stephan Nyffeler (SVP). Und Felix Helg (FDP) sieht den Kompromiss «als Ergebnis der Bemühungen der FDP». Der Stadtrat habe sich mit seiner einseitigen Stellungnahme zugunsten des einstufigen Modells zu stark aus dem Fenster gelehnt. Trotz den Anpassungen bleiben für Helg aber Zweifel, ob sich die Behördenreform in der Praxis bewähren wird. Der Stadtrat habe es verpasst, auch die Funktion und die Aufgaben des Departements Schule und Sport zu überprüfen. «Es bleibt ein gewisses Risiko, dass die Reform scheitert.»

«Die SP ist enttäuscht», sagte Christoph Baumann (SP). Mit der Einführung der Funktion des Schulleiters, dem Auslöser für die Behördenreform, habe sich die Chance geboten,

die Kreisschulpflegen abzuschaffen, die Strukturen schlanker zu machen und Kompetenzen zu klären. «Gerade die unklare Verteilung der Kompetenzen wurde bei den bisherigen Evaluationen der städtischen Schulbehörden wiederholt kritisiert», sagte Baumann. Die SP stimme der Vorlage darum mit wenig Begeisterung zu.

«Die Schulbehördenreorganisation ist kein grosser Wurf», sagte Ruth Kleiber (EVP). «Es ist keine Reform.» Nur in einer gemeinsamen städtischen Schulpflege hätten die Mitglieder direkt Einfluss auf die strategischen Entscheide nehmen können, sagte Kleiber.

ber. «Darum sind wir eher enttäuscht, akzeptieren aber den Konsens der verschiedenen Ansichten.» Auch darum, weil sich die EVP-Fraktionspartner, die GLP und die EDU, von Beginn weg für das zweistufige Modell ausgesprochen hatten.

«Nicht das Wichtigste»

Die Meinung seiner Partei habe sich synchron mit der doppelten Vernehmlassung verändert, sagte Martin Stauber (Grüne). Ursprünglich sprachen sich Grüne/AL für das einstufige Modell aus, nun können sie auch mit dem zweistufigen gut leben. «Die Struktu-

ren sind nicht das Wichtigste», sagte Stauber. Im Voraus lasse sich über den Erfolg einer Reform sowieso nicht viel sagen. «Wir gehen davon aus, dass das zweistufige Modell das bessere ist.»

In der Detailberatung nahm der Gemeinderat kleine Anpassungen vor. So reduzierte er die Stellenprozente der Kreisschulpflegepräsidenten in der Übergangszeit von 555 auf 500 Prozent – gegen den Willen der Präsidenten. In der Schlussabstimmung sagten 44 Gemeinderätinnen und -räte Ja zur Schulbehördenreorganisation, sieben Gemeinderäte enthielten sich. Gegenstimmen gab es keine. DAVID HERTER



Der Kompromiss: Keine 50-köpfige Schulpflege, aber auch keine Abschaffung der Kreisschulpflegen. Bild: irisblende

FC Oberi bekommt Kunstrasenplatz

Der FC Oberwinterthur erhält einen Kunstrasenplatz auf der Sportanlage Hegmatten. Dies hat das Parlament gestern einmütig beschlossen. Edi Wettstein (SP) hob die Vorteile eines Kunstrasens hervor: «Er kann unabhängig von der Witterung bespielt und intensiver als ein Naturrasen genutzt werden.» Heute sei die Situation so, dass der FC Oberi sogar in Frauenfeld trainieren müsse, weil auf dem überstrapazierten Naturrasen nicht gespielt werden könne. Trotz der hohen Kosten von 1,6 Millionen Franken stimmten auch FDP und SVP dem Kreditantrag zu. Da weniger Unterhaltsarbeiten anfallen als bei einem Naturrasen, komme ein Kunstrasen im Endeffekt über die Jahre betrachtet billiger zu stehen, sagten Werner Steiner (SVP) und Jack Heusser (FDP). (ms)

SPLITTER & SPÄNE

An der Aufführung der Schüleroper «Fealan» mit 800 Mitwirkenden war auch Ruth Werren (FDP) dabei. Im Gemeinderat hob sie zu einer Konzertkritik an – und schwärmte in den höchsten Tönen für die Oper. Begeistert zeigte sich Werren insbesondere von der Zusammenarbeit der Schülerinnen und Schüler über kulturelle Grenzen hinweg. Für einmal sei sie mit David Hauser (SP) einer Meinung: «Das ist echt gelebte Integration.» Wie Werren sass Hauser am Sonntag im Theater Winterthur. Und auch Gemeinderatspräsident Walter Langhard (SVP) – der seinen Ratskolleginnen und -kollegen gestern zum letzten Mal «vom Bock» gute Heimkehr wünschte – war dabei. «Das Stadttheater war endlich wieder einmal voll», sagte Langhard. «Vielleicht sollte man dort mehr Schüleroper aufführen.» (dh)

Altstadtrichtlinien: Rat will Verordnung

Die Altstadtrichtlinien sollen in eine Verordnung gegossen werden. Das fordert das Parlament mittels Motion. Der Stadtrat muss das Anliegen aufnehmen – er tut dies allerdings sehr widerwillig.

Die Stadt hat eine ganze Reihe von Richtlinien festgesetzt, um den Wildwuchs aus Tischen, Schildern und Sonnenschirmen in der Altstadt einzudämmen. Die Vereinbarung zwischen Stadt und Wirten sollte nun aber auch noch in einer Verordnung oder als zusätzliches Kapitel in der Polizeiverordnung aufgeführt werden. Dies wollten FDP-Gemeinderat Peter Rütimann und 36 Mitunterzeichnende einer entsprechenden Motion.

«Es geht nicht an, dass der Stadtrat diese Richtlinien anwendet, wie wenn sie Gesetzescharakter hätten», sagte Rütimann gestern Abend im Rat. Die Richtlinien entbehren einer gesetzlichen Grundlage. Unterstützung erhielt er von grossen Teilen der Ratslinken. Jack Würzler (SP) befand: «Diese Motion ist so gut, sie könnte von mir sein.» Und er fügte hinzu: «Rechtsverordnungen sind vom Gemeinderat zu erlassen.» Die Motion ziele gegen die Richtlinien: «Und diese haben keine Rechtsgrundlage.» Die Grüne/AL-Fraktion stimmte in den Tenor ein. «Diese Motion ist der einzig richtige Ansatz, um Rechtssicherheit zu erlangen», sagte David Berger (AL).

Langes Feilschen um Details

Gabi Bienz (CVP) hätte es am liebsten gesehen, wenn die Motion in eine Interpellation umgewandelt worden wäre und stellte einen Ablehnungsantrag. «Diese Motion ist ein Schnellschuss», befand Bienz. Auch David Hauser (SP) stand dem Vorstoss von

Rütimann kritisch gegenüber. «Sie fordern mehr Liberalismus, und was tun Sie: Sie rufen nach neuen Reglementierungen», sagte er an die Adresse von Rütimann und Genosse Würzler. «So einig wie man sich heute ist, so uneinig wird man sich sein, wenn man die Details berät», prophezeite er bereits eine lange Debatte im Parlament.

«Nicht erfreut über die Motion» zeigte sich Polizeivorstand Michael Künzle (CVP). Er verwies darauf, dass es der Gemeinderat gewesen sei, der

es dem Stadtrat per neuer Polizeiverordnung überlassen habe, Richtlinien festzusetzen. «Wir haben Regeln für die Sondernutzung des öffentlichen Grundes», so Künzle. Diese Richtlinien seien mit allen Betroffenen diskutiert worden. Die meisten seien mit diesen Regeln auch einverstanden. «Wir brauchen keine neuen Vorschriften», sagte Künzle. Eine klare Ratsmehrheit sah dies allerdings gänzlich anders. Die Motion wurde mit grossem Mehr überwiesen. (ms)



Die Altstadt-Richtlinien werden wohl auch noch im Parlament diskutiert. Bild: mad

AUSSERDEM IM RAT

Hegi-Postulat überwiesen

Oppositionslos hat der Gemeinderat ein Postulat von Peter Rütimann (FDP) überwiesen. Rütimann möchte, dass der Stadtrat via Planungsrecht und Liegenschaftspolitik Grundlagen erstellt, um die Umgebung des S-Bahnhofs Hegi zu einem attraktiven Ortszentrum zu machen. «Der Bahnhof kann für Hegi und seine Bewohner durchaus eine wichtige Bedeutung haben, wenn er zu einem Treffpunkt wird», so Rütimann.

Kritik an Polizeieinsatz

Im Wohlfahrtsheim hätten linke Autonome gewütet, sagte Werner Badertscher (SVP). Die Polizei habe darauf verzichtet, einzugreifen und von den Chaoten den Ausweis zu verlangen. Er frage sich, ob er nun bei der nächsten Polizeikontrolle seinen Ausweis ebenfalls nicht mehr zeigen müsse, sagte Badertscher. Schliesslich gelte in der Schweiz doch gleiches Recht für alle. Polizeivorstand Michael Künzle (CVP) wies darauf hin, dass die Polizei nur mit der Einwilligung des Eigentümers einer Liegenschaft gegen Besetzer vorgehe und zudem immer auch prüfen müsse, ob ein Einsatz verhältnismässig sei. «Die Polizei entschied sich, das Treiben zu beobachten und nicht einzugreifen», so Künzle.

«Energie-Cluster»

Ohne Gegenstimmen überwies der Gemeinderat ein von allen Parteien mitgetragenes Postulat, das einen «Energie-Cluster» (Energiehaufen) im «Eulach Valley» (Eulachtal) fordert. Der Stadtrat muss eine Vision und eine Strategie dafür entwickeln, wie Winterthur zu einem führenden Wirtschaftsstandort für erneuerbare Energien gemacht werden kann. (ms/dh)



Die Stadt kämpft gegen Karies

Im Einsatz für die Volksgesundheit appelliert die Stadt am 13. Mai 1967 an den Vorstand der Winterthurerinnen und Winterthurer: «Sorgt für eure Zähne!» Grund für den Aufruf sind die Zahnarztrechnungen, die immer «höher werden», und die «häufigen Zahnschmerzen, die beweisen, dass der Zahnpflege viel zu wenig Bedeutung beigemessen wird». Um den Städtern diese einzupflegen, haben das Gesundheits- und Schulamt zusammen die «Aktion gesunde Zähne, Winterthur» ins Leben gerufen.

Damit wollen sie drei Prinzipien der richtigen Zahnpflege bei «Lehrern, Ärzten, Zahnärzten, Kindergärtnerinnen, Schülern und Beratungsstellen» verbreiten: Erstens müssen nach jeder «Mahlzeit die Zähne gereinigt werden». Zweitens müssen die Bürger ihre Ernährung ändern und auf Zucker, insbesondere «Schleckwaren», verzichten. Vor allem Mütter dürfen ihren Kindern nicht mehr so viele Bonbons kaufen. Und drittens soll man die Milch mit Fluor mischen, um Karies aktiv vorzubeugen. Der Weg zu «kariesfreien Gebissen» sei hindernisreich, das Ziel jedoch umso grösser. Um es zu erreichen, müssten alle an der Aktion der beiden Ämter teilnehmen. Denn nur so könne das Volk genesen. (meg)

Der «Landbote» öffnet jeden Dienstag ein Fenster in die Vergangenheit der Stadt.